

**Pressemitteilung
der Bürger-IG Schwieberdingen – Horrheim und Buchen
zum GKN-Rückbaustart am 10.4.17**



Bild (privat): Staubentwicklung auf der Deponie Schwieberdingen

**Politik und EnBW feiern GKN-Rückbaustart – obwohl die Entsorgung von
brisantem „Freimess-Material“ weiter keine Akzeptanz findet!**

Es ist wie beim Atomausstieg – vorne Feierlaune und Presseshow mit großen Reden und Versprechungen, dahinter fehlt ein nachhaltiges Entsorgungskonzept. Die Verteilung des brisanten „Freimess-Materials“ ist sachlich höchst umstritten und findet keine Akzeptanz in der Bevölkerung. Die Politik versucht mit allen Mitteln die Verteilungsfreigabe von brisantem „Freimess-Material“ für ihre EnBW-Tochter auf Bauschuttdeponien durchzudrücken. Umweltminister Untersteller und Landrat Dr. Haas ignorieren alternative bessere Lösungen und erzeugen damit steigenden Widerstand mit tiefer Empörung in der Region. Viele Bürger/innen suchen immer mehr nach dem wirklichen Motiv der beiden „Verfahrens-Leader“. Die vernetzten BI's in der Region protestieren gegen die Verteilungspläne mit folgendem Hintergrund:

- **Die Deponie-Verteilungspläne sind nicht zu Ende gedacht und damit keine gute Lösung.** Sie schaffen weitere Strahlungs-Standorte mit offenen Folge-Risiken für den Stoffkreislauf (Wasser/Boden → Pflanzen → Nahrung → Mensch)
- **Das nach wie vor belastete Freimess-Material muss zentral weiter unter Atomaufsicht gesichert mit Rückhol-Option verwahrt / gelagert werden** – wir dürfen unseren Folgegenerationen keine „schwere Erblast“ aufbürden.
- **In Neckarwestheim wird es noch lange keine „grüne Wiese“ geben.** Hier lagern noch mind. 50 Jahre Castoren mit hoch radioaktivem Material (auch aus Obrigheim); das neue AKW-Rückbau-Abfallzentrum verarbeitet zudem brisantes Freimess-Material und hat eine genehmigte Laufzeit von mind. 30 Jahren. Daraus lässt sich kein Verteilungsdruck ableiten. Es gibt auch genügend Platz für das strittige Freimessmaterial.

Die IG's fordern daher von Umweltminister Untersteller:

- Stoppen Sie die überholten „Freimess-Verteilungspläne“ und lassen Sie bessere Lösungsoptionen zu; sie liegen seit Monaten auf Ihrem Tisch
- Entwickeln Sie endlich ein Freimessmüll-Entsorgungskonzept für ganz Baden-Württemberg und lassen den Landkreis Karlsruhe ohne eigene Deponiekapazitäten für die Abfälle aus der Wiederaufbereitungsanlage Karlsruhe und den Kernkraftwerken Philippsburg nicht im Regen stehen. Wohin sollen auch die zukünftigen Abfälle vom zweiten Neckarwestheimer Kernkraftwerk?
- Verweigern Sie nicht länger die persönliche Diskussion. Ein Zeitungsinterview und ein kurzes TV-Statement ist für ein Thema, bei dem sich über 7500 Bürger/innen, die Gemeindeverwaltungen und –räte der Standortkommunen und viele Kreisräte eindeutig dagegen positioniert haben, und für eine Partei, die mit dem Anspruch einer Bürgerbeteiligung angetreten ist, einfach zu wenig.
- Geben Sie die im Umweltausschuss des Landtages blockierte Expertenanhörung frei. Lassen Sie die sachliche Auseinandersetzung zu und ziehen daraus die Konsequenzen auch für Ihre Arbeit auf Bundesratsebene.
- Stellen Sie, wie Ihr Schleswig-Holsteinischer Umweltministerkollege Habeck, alles wieder auf null und suchen in Ruhe die beste Verwahrungsmöglichkeit für den nach wie vor belasteten „Freimess-Müll“.

Die IG verweist darauf, dass Umweltminister Untersteller und Landrat Dr. Haas das bisherige Freigabekonzept zwar weiter verteidigen können, damit aber nicht nur sich selbst schaden, sondern vor allem der Bevölkerung ein "schweres Erbe" aufbürden.

Alle Beteiligten werden mit der überholten unsinnigen Deponieverteilung zu Verlierern gemacht. Noch ist Zeit neue Weichen zu stellen, anstatt mit voller Wucht auf den Prellbock des „Deponie-Abstellgleises“ zu fahren.

Kluge Politik besteht zumindest darin, die gleichen Fehler nicht zweimal zu machen! - Auch wenn man den 1. Fehler des Atom-Einstiegs nicht zu vertreten hat und auch am Ausstieg wesentlich beteiligt war: Wir appellieren an den Mut und die Weisheit zu besseren, nachhaltigen Lösungen.

Das Machbarkeitsgutachten zur Verwahrung des kritischen Freigabemülls auf dem Kernkraftwerksgelände liegt vor. Die Kritiker der Deponieverteil-Pläne fordern eine zentral gesicherte Verwahrung unter weiterer Atomaufsicht. Dieses muss nun endlich mit dem politischen Willen zum bestmöglichen Ergebnis für die Bürger/innen inkl. der Folge-Generationen ernsthaft und sachlich diskutiert und dann auch auf den Weg gebracht werden. Ein weiteres juristisches, taktisches Verteil-Spiel ist kontraproduktiv.

- **Die Art und Weise, wie die Bevölkerung interessenorientiert informiert und übergangen wird, ist ein Skandal!**

Bei dieser Ausgangslage ist die geplante Einlagerung auf unseren Deponien mit gutem Gewissen nicht zu vertreten. Wir fordern alle Kräfte auf, die Umsetzung einer zentral gesicherten Verwahrung mit weiterem Zugriff unter Atomaufsicht anzugehen.

Weiter Informationen und Dokumentationen gibt es auf der IG-Homepage „www.froschgraben-freigemessen.de“.

Kernteam IG der Deponien